

Legislatur-Halbzeitbilanz der SVP-Fraktion

Wintersession 2019 bis Wintersession 2021



**Erfolge der SVP und Ausblick
auf die zweite Legislaturhälfte**

22. Dezember 2021

Legislatur-Halbzeitbilanz 2019 bis 2021 auf einen Blick

Bei den eidgenössischen Wahlen 2019 konnte Linksrün zwar 22 zusätzliche Sitze gewinnen. **Die SVP blieb jedoch mit einem Wähleranteil von 25.6% die stärkste Partei** der Schweiz und **konnte an der Urne erfolgreich linksextreme und für unser Land schädliche Vorlagen bekämpfen**. So lehnten 51.6% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das CO₂-Gesetz ab. Auch die extremen Agrar-Initiativen (Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung und Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide») konnte die SVP an der Urne bodigen. Weiter **kämpfte die SVP erfolgreich für mehr Sicherheit**: Gegen den Widerstand aller anderen Parteien setzte die SVP mit der **Verhüllungsverbots-Initiative ein starkes Zeichen gegen den Islamismus** – das Volk stimmte am 7. März mit 51.2% zu. Im September 2020 sagte es auch **Ja zum Kauf neuer Kampfflugzeuge**.

Aufgrund der Sitzgewinne von Linksrün, findet die grüne Welle vor allem im Bundeshaus statt. Die nach den Wahlen 2019 erstarkte Mitte-links-Mehrheit setzt dort problematische Entscheide durch, wie das teure und nutzlose CO₂-Gesetz, die Widerspruchslösung bei der Organspende, die Förderung reicher Medienhäuser mit hunderten Millionen von Steuerfranken oder die willkürliche und spaltende Corona-Politik. Zudem **lehnt vor allem Linksrün regelmässig Vorstösse ab, die einer effizienten Bekämpfung der Kriminalität, der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen oder der Eindämmung der masslosen (Asyl-)Zuwanderung dienen** würden. Entscheide, bei denen das davon betroffene Volk nur dank erfolgreicher Referenden und Volksinitiativen der SVP mitreden konnte und künftig kann.

Die sieben grössten Erfolge der SVP in der ersten Legislaturhälfte

1. Freie und unabhängige Schweiz (vorerst) gesichert: Die SVP forderte vom Bundesrat erfolgreich den **Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU**.
2. Mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung der Kriminalität: Die SVP gewann das Referendum für das Bundesgesetzes für polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT), welches eine **vorzeitige Verhinderung von Terrorakten** vereinfacht.
3. Wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur **Verhinderung einer 10-Millionen-Schweiz** durch die **eigenständige Steuerung der Zuwanderung: Sistierung des schädlichen UNO-Migrationspakts**, der eine weltweite Personenfreizügigkeit vorsieht.
4. Entlastung des Mittelstandes, der KMU und der Bürger: **Steuern konnten abgebaut** (z.B. Stempelsteuer) und die **Einführung neuer Abgaben** (z.B. Flugticketabgaben) konnten **verhindert** werden.
5. **Sicherstellung der inländischen Energieproduktion**: Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert, unserem Land droht bereits in vier Jahren der Strom auszugehen. Mit dem Ausbau der Wasserkraft und dem Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke soll der drohenden Strommangellage entgegengewirkt werden.
6. **Sicherung der Altersvorsorge: Unter der Führung der SVP** sichert ein bürgerlicher Kompromiss die erste und zweite Säule nachhaltig.
7. Kampf gegen die willkürliche und unverhältnismässige Corona-Politik: **Dank des Einsatzes der SVP konnten Gesundheitsvorsteher Alain Berset und die Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrates nicht schalten und walten** wie ihnen beliebte.

1. Freie und unabhängige Schweiz (vorerst) gesichert

1.1 Beziehungen mit der EU auf Augenhöhe

Die SVP setzt sich konsequent gegen eine institutionelle Anbindung an die Europäische Union ein. Als einzige politische Partei bekämpfte sie seit 2012 den Rahmenvertrag mit der EU. Die institutionelle Anbindung an die EU, verbunden mit einer dynamischen Rechtsübernahme von heutigem und künftigem EU-Recht, hätte das Ende der freien, demokratischen Schweiz bedeutet. Die Volksabstimmungen in der Schweiz wären zur Farce verkommen, da der Rahmenvertrag der EU erlaubt hätte, das Schweizer Volk bei «Ungehorsam» zu sanktionieren und bestehende bilaterale Verpflichtungen einseitig zu suspendieren. Eine weitreichende Eingliederung der Schweiz in den rechtlichen Rahmen der EU hätte gesellschaftlich tiefgreifende negative Auswirkungen mit sich gebracht. Zum Glück ist die Anbindung an die EU vorerst vom Tisch: Der Bundesrat beendete die Nachverhandlungen mit der EU im Mai 2021. Dies ist ein zentraler Erfolg der SVP, die sich im Gegensatz zu allen anderen Parteien für bilaterale Beziehungen auf Augenhöhe einsetzt.

1.2 Für eine zeitgemäss ausgerüstete und alimentierte Milizarmee

Nur eine moderne und genügend alimentierte Armee kann die unabhängige Schweiz gegen komplexer werdende Bedrohungen schützen. Die Schweiz ist neutral und kann nicht auf Allianzen mit anderen Partnerstaaten zurückgreifen. Eine Armee, die einer Führungs- und Kommunikationsinfrastruktur gegen Cyberangriffe bedarf und die sich in einem hybriden Konfliktumfeld bewegen muss, weist regelmässigen Investitionsbedarf auf. Auch darum unterstützte die SVP am 27. September 2020 zusammen mit der Mehrheit des Volkes die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die SVP hat zudem dafür gesorgt, dass die Milizarmee mehr Wertschätzung erhält. Dies indem der Sold der Armeeangehörigen nach 30 Jahren endlich an die Teuerung angepasst wird. Zusätzlich muss der Personalbestand der Armee verbessert werden. Hier ist eine Balance zwischen der Dauer der Dienstpflicht, der Entlassungen nach der Rekrutenschule und einer erhöhten Rekrutierungsquote anzustreben.

1.3 Stärkung der produzierenden Landwirtschaft

Freiheit bedeutet auch Ernährungssicherheit. Nur eine starke regional verankerte Landwirtschaft kann ihrem Grundversorgungsauftrag nachkommen. Deshalb sprach sich die SVP etwa für die Preisstützung des regional produzierten Zuckers aus. Leider gewichten die Bundesverwaltung und Linksrün die Ökologisierung der Schweizer Landwirtschaft höher, als die Produktion gesunder, regionaler Lebensmittel. Statt das bisherige Direktzahlungssystem weiter zu führen, um die Preise der Schweizer Nahrungsmittel zu stützen und die einheimische Produktion gegen billige und von weither transportierte Importe zu verteidigen, steht die einseitige Förderung von Biodiversität, Extensivierung und Nachhaltigkeit im Vordergrund. Mit der Sistierung der Agrarpolitik 2022+ und insbesondere zwei Postulatsberichten forderte das Parlament einen neuen Fokus auf eine gesamtheitliche und nachhaltige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. Dabei sollen Landwirte auch von ihrer Produktion leben können. Auch das Volk lehnte eine weitere Ökologisierung der Landwirtschaft klar ab: Mehr als 6 von 10 Schweizern verwarfen die Trinkwasser-Initiative sowie die Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Produkte am 13. Juni 2021 an der Urne.

1.4 Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte

1.4.1 Unabhängigkeit der Schweiz und der direkten Demokratie verteidigen

Zwar ist das Institutionelle Abkommen mit der EU vom Tisch. Dennoch ist Vorsicht geboten. Denn kaum hat der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU als gescheitert erklärt, hintertreiben die linksgrünen EU-Turbos den Entscheid indem sie versuchen, mit einem neuen Bundesgesetz die Kompetenz für die Aussenpolitik vom Bundesrat ins Parlament zu verschieben. Dies mit dem Ziel, dass die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament der institutionellen Anbindung an die EU zum Durchbruch verhilft. Die SVP lehnt dies entschieden ab. Weiter hat sich die SVP als einzige Partei gegen die Bezahlung der Kohäsionsmilliarde an die EU gewehrt. Alle anderen Parteien sprachen sich für eine Auszahlung dieser Bücklingsmilliarde aus – trotz ständiger Diskriminierung der Schweiz durch die EU (z.B. ausbleibende Börsenäquivalenz). Auch in der zweiten Legislaturhälfte wird die SVP die Unterwerfung der Schweiz unter die EU und weitere Milliardengeschenke vehement bekämpfen.

1.4.2 Prestigesüchtige Politiker opfern die Schweizer Neutralität

Seit 2011 plant die Schweiz, während der Jahre 2023 und 2024 im UNO-Sicherheitsrat Einsitz zu nehmen. Die SVP kämpft alleine gegen eine solche Mitgliedschaft in diesem über Leben und Tod entscheidenden Gremium. Sie ist nicht mit der Neutralität vereinbar. Zudem dominieren die fünf Vetomächte die zehn «nichtständigen Mitglieder» in diesem Klub mit verschiedenen langen Spiessen. Um eine Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat zu verhindern, hat die SVP-Bundeshausfraktion zwei gleichlautende Motionen in beiden Räten eingereicht, über die der Nationalrat und der Ständerat im März 2022 befinden werden. Sollte die Schweiz trotzdem UNO-Sicherheitsratsmitglied werden, wird sich die SVP 2023 und 2024 für Schadensminimierung einsetzen.

1.4.3 Sicherheit der Schweizer Bevölkerung durch eine einsatzfähige Armee stärken

Gewonnene Volksabstimmungen, wie diejenige zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, sind wichtige Zeichen der Unterstützung für den Sicherheitsverbund Schweiz. Jedoch gefährdet die Privatisierung von wichtigen Produktionsstätten, wie jene des Munitionsproduzenten Ammotec, die staatliche Hoheit über die Sicherheit. Gerade Covid-19 hat gezeigt, dass in Krisenzeiten die sichere Versorgung mit notwendigen Gütern (z.B. Schutzmasken) massiv an Bedeutung gewinnt. Zudem muss die Alimentierung des Sicherheitsverbunds über alle Akteure hinweg gesichert sein. Insbesondere die Armee und der Zivilschutz müssen dauerhaft und gegen den Widerstand von Linksgrün gestärkt werden. Weiter setzt Linksgrün aufgrund einer anti-amerikanischen Ideologie die Sicherheit der Schweiz aufs Spiel. Dies, indem mit einem trotzigem Referendum gegen den F-35 der Typenentscheid der Armasuisse in Frage gestellt wird, nachdem sich das Schweizer Volk für neue Kampfflugzeuge ausgesprochen hat.

1.4.4 Linksgrüner Irrsinn: Ökologisierung der Landwirtschaft führt zu mehr Importen und mehr Auslandabhängigkeit

Die Begehrlichkeiten von Linksgrün in der Landwirtschaft, aber auch eine zunehmend von der Ökologisierung angetriebene Bundesverwaltung, bedrohen die Landwirtschaft in ihrem Kern. Zwar hat die SVP mit der Sistierung der

Agrarpolitik 22+ und mit zwei Postulaten ihre Forderungen klar dargelegt, doch um dem Widerstand von Linksrün entgegenzutreten, braucht es den Schulterschluss der bürgerlichen Parteien. Nur so ist mit regionalen Produkten ein wichtiger Beitrag für eine effiziente und umweltverträgliche Ernährungssicherheit der Schweiz zu leisten.

2. Mehr Sicherheit durch die konsequente Bekämpfung der Kriminalität

2.1 Für eine konsequente Bekämpfung des Islamismus

Mit der Annahme des Bundesgesetzes für polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) konnte sich die SVP mit den bürgerlichen Parteien gegen Linksrün durchsetzen. Damit können die Behörden in Zukunft bereits vor dem Begehen eines terroristischen Anschlags präventive Massnahmen erlassen. Das Volk unterstützte dieses Vorgehen in der Referendumsabstimmung vom 13. Juni 2021 mit 56.6%.

2.2 Notwendigkeit zur Integration – Gesicht zeigen

Die Integration von Muslimen spielt eine zentrale Rolle, um einer Radikalisierung vorzubeugen. Die Gesichtshüllung der Frauen, welche in islamisch dominierten Gesellschaften allgegenwärtig ist, hat das Schweizer Volk als Gefahr und mangelnden Integrationswillen wahrgenommen. Es unterstützte die Volksinitiative «Ja zum Hüllungsverbot» mit 51.4%. Die SVP setzte sich als einzige politische Partei vorbehaltlos für dieses Anliegen ein.

2.3 Für ein härteres Vorgehen gegen Kriminelle

Die SVP setzt sich konsequent für eine verbesserte Aufklärungsquote von Verbrechen ein. Darum unterstützte sie erfolgreich die Änderungen des DNA-Profil-Gesetzes, welche eine differenziertere Auswertung der von Kriminellen hinterlassenen Spuren erlaubt. Auch sollen dank der SVP Vergewaltiger mit längeren Freiheitsstrafen härter bestraft werden. Linksrün hat sich einmal mehr gegen eine Verschärfung ausgesprochen. Beim Schutz von Polizisten und Verwaltungsmitarbeitenden vor Gewalt, konnte die SVP im Nationalrat einen weiteren Erfolg verbuchen und eine Erhöhung des Strafmasses bei Gewalt und Drohung gegen Beamte durchsetzen.

2.4 Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte

2.4.1 Schutz gegen zugewanderte Islamisten stärken

Die Radikalisierung ist ein komplexer Prozess, welcher bereits vor der Einwanderung in die Schweiz beginnt. Darum wird sich die SVP weiterhin dafür einsetzen, dass Resettlement-Migranten mit ungeklärter Identität oder aus Gebieten mit einer grossen Präsenz von terroristischen Gruppen nicht in die Schweiz einreisen dürfen. Zudem stimmte der Nationalrate einem Vorstoss der SVP-Fraktion zu, wonach Dschihad-Rückkehrer bei der Einreise in die Schweiz in Sicherheitshaft genommen werden.

2.4.2 Kriminelle härter bestrafen

Die SVP setzt sich für eine härtere Gangart gegenüber Kriminellen ein. Als einzige Fraktion unterstützte sie beispielsweise die Standesinitiative des Kantons Tessin, die eine Erhöhung der Höchststrafen bei Verstössen gegen die sexuelle Integrität forderte. Linksrün beklagt dauernd den mangelnden «Opferschutz», ist gleichzeitig aber nicht bereit, Gefängnisstrafen für Täter zu

erhöhen. Die SVP wird weiter Druck bezüglich dieser inkonsequenten Haltung von Linksrün aufbauen.

2.4.3 Stopp der unbegrenzten Willkommenskultur

Die SVP wehrt sich gegen die ideologisch verblendete linksgrüne Willkommenskultur gegenüber nicht integrierbaren Asilmigranten. Diese zeichnen sich einschlägig aus: Jung, männlich und gewaltbereit. Linksrün verschliesst gegenüber deren frauenfeindlichen und gewaltbeherrschten Weltbildern die Augen und will noch mehr Männer-Gewalt importierten, um dann im Nachgang schon fast zynisch einen besseren Opferschutz zu fordern.

2.4.4 Ausschaffungen – «Strichli-Liste» vorantreiben

Im Jahr 2020 wurde gegen 1'826 kriminelle Ausländer eine Landesverweisung ausgesprochen. Kriminelle aus Albanien, Algerien, Rumänien und Frankreich führen diese Liste an. Die SVP fordert vom Bundesrat seit der 2016 erfolgten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative jedes Jahr eine Berichterstattung zu den vollzogenen Ausweisungen. Bisher leider vergeblich – der Grund sind offenbar verschleppte Statistiken und eine fehlende Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Ohne konsequente Ausschaffungen nimmt die Ausländerkriminalität weiterhin zu. Die SVP wird weiterhin Druck machen, damit der Volkswille endlich respektiert und die Ausschaffungsinitiative konsequent umgesetzt wird.

3. Verhinderung einer 10-Millionen-Schweiz durch die eigenständige Steuerung der Zuwanderung

3.1 Vorübergehendes Nein zum UNO-Migrationspakt

Die SVP konnte in den Räten den Migrationspakt sistieren, der eine massive Ausdehnung der Rechte von Wirtschaftsmigranten zur Folge gehabt hätte und mit dem die Zuwanderungswelle in die Schweiz massiv vergrössert worden wäre. Nichts anderes als eine weltweite Personenfreizügigkeit wäre die Folge einer Umsetzung des Migrationspakts. Und die Zielländer müssten für die Kosten der Integration dieser Migranten aufkommen. Entgegen dem Willen von Linksrün konnte die SVP die Debatte bezüglich dem Migrationspakt bis zum Vorliegen eines klärenden Berichts über den Status der Rechte von Migranten aussetzen. Die Gefahr ist vorübergehend gebannt.

3.2 Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte

3.2.1 Umsetzung des Volkswillens in der Migrationspolitik

Die Volksinitiative der SVP vom 9. Februar 2014 «Gegen Masseneinwanderung» wurde vom Volk mit 1'463'854 Ja (50.3%) gegen 1'444'552 Nein (49.7%) und von den Ständen mit 14.5 Ja gegen 8.5 Nein angenommen. Doch statt den Volkswillen und damit eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung umzusetzen, stimmte die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments – entgegen dem Willen der SVP – für die Einführung einer Stellenmeldepflicht. Seither geht die Zuwanderung in die Schweiz ungebremst weiter. In den letzten 20 Jahren sind 1'300'000 Personen netto in die Schweiz eingewandert, was 20 Mal der Stadt St. Gallen entspricht. Zwei von drei Einwanderern kommen aus der EU. Das hohe Lohnniveau zieht die Einwanderer in die Schweiz, in der Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Zukunft. Selbst im Corona-Jahr 2020, als weltweit die Grenzen geschlossen waren, kamen mehr als 54'000 Zuwanderer netto in die Schweiz – das sind mehr als 2018 und 2019. Dieses Wachstum ist nicht

nachhaltig. Die Folgen sind verheerend: Die Sozialwerke werden überbelastet, die Land- und Wohnungspreise steigen, die Belastung für Landschaft, Natur und Infrastruktur steigt ins Unerträgliche. Es ist der Auftrag der SVP dafür zu sorgen, dass der Verfassungsauftrag von Volk und Ständen endlich umgesetzt und die Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten gesteuert wird.

3.2.2 Für einen Paradigmawechsel in der Asylpolitik

Die SVP verlangt, dass der aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammende Flüchtlingsbegriff neu definiert wird, um dem Missbrauch unseres Asylsystems den Riegel zu schieben. Es kann nicht sein, dass angeblich an Leib und Leben bedrohte Personen durch mehrere sichere Drittstaaten reisen, nur um in der Schweiz an die Honigtöpfe unseres ausgebauten Sozialwesens zu gelangen. Gleichzeitig will die SVP verhindern, dass der Flüchtlingsbegriff erweitert wird, indem beispielsweise der Klimawandel als Flüchtlingsgrund zugelassen wird.

4. Entlastung der Bürger und des Gewerbes

4.1. CO₂-Gesetz erfolgreich an der Urne bekämpft

Die SVP bekämpfte als einzige Partei das CO₂-Gesetz, welches den Mittelstand und das Gewerbe milliardenschwer belastet hätte. Ein Haushalt hätte durch die Einführung neuer Steuern, Verbote und Vorschriften etwa als 1'000 Franken Mehrkosten pro Jahr berappen müssen. Die Mehrheit des Volkes unterstützte die SVP in ihrer Argumentation und lehnte das CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021 mit 51.6% ab.

4.2 Vorerst keine Flugticketabgabe

Trotz des Volks-Neins zum CO₂-Gesetz wollten Linksgrün und Teile der Mitte eine Flugticketabgabe einführen. Gleich neun solcher Anliegen konnte die SVP zusammen mit der FDP und mit Teilen der Mitte in der Herbstsession 2021 abwehren und der Zwängerei unter dem Deckmantel «Klimanotstand» vorerst ein Ende setzen.

4.3 Teilweise Abschaffung der Stempelsteuer

Der im Kontext der jahrelangen Debatte um die Unternehmenssteuern diskutierte Beseitigung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital (eine Stempelsteuer) wurde in der Sommersession 2021 gegen den Widerstand von Linksgrün zugestimmt. Bei der Besteuerung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital handelt es sich um eine Sondersteuer, welche die Unternehmen in ihrer Investitionstätigkeit in der Schweiz einengt. Mit der Aufhebung der Stempelsteuer wird im Kontext einer sich abzeichnenden globalen Mindestbesteuerung von Unternehmen, ein wichtiger Schritt Richtung Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unternommen.

4.4. Transparenz bei den paritätischen Kommissionen

Im Hinblick auf das geplante Entlastungsgesetz und die Einführung einer Regulierungsbremse kann die SVP weiter punkten mit ihrer Forderung nach mehr Transparenz bei den finanziellen Mitteln der paritätischen Kommissionen. Institutionen, welche über Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden und teils staatliche Aufgaben übernehmen, sollen ihre Finanzflüsse offenlegen. Entgegen des Widerstandes von Linksgrün müssen nun diese Kommissionen gemäss Nationalrat ihren Jahresbericht

veröffentlichen und Transparenz über ihre Aktivitäten schaffen. Auch dies ist ein weiterer Erfolg der SVP um das Staatswachstum zu bremsen.

4.5 Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte

4.5.1 Klima-Zwängerei verhindern

Vorlagen, die im Lichte des Klimawandels präsentiert werden, werden vermehrt undifferenziert von Linksgrün unterstützt. Angesichts des teilweise wankelmütigen Abstimmungsverhaltens von FDP oder der Mitte, könnten weitere Vorlagen, wie z.B. die Abschaffung des Plastiksacks oder die Zulassungsbeschränkung von mit Benzin betriebenen Autos oder von Öl-Heizungen, im Parlament mehrheitsfähig werden. Die SVP und das Schweizer Volk werden dann als Ultima Ratio zusammenstehen und solche Beschlüsse mittels Referenden, analog zum CO₂-Gesetz, bekämpfen.

4.5.2 Infrastruktur und Verkehr für die Zukunft rüsten

Die Anforderungen an die Infrastruktur und den Verkehr werden sich über die nächsten Jahrzehnte verändern. Die Bevölkerungszunahme, bedingt durch die masslose Zuwanderung, verstärkt den Druck auf die Städte und Agglomerationen. Staus und mangelnde Parkplätze werden die Gewerbler und Kunden abschrecken. Die SVP fordert nachhaltige Lösungen, die nicht zum Nachteil des Strassenverkehrs sind. Stattdessen müssen besonders in den Strassenverkehr genügend finanzielle Ressourcen fließen.

4.5.3 Ausbau der staatlichen Medien bremsen

In der Sommersession 2021 hat die SVP als einzige Partei das Massnahmenpaket zugunsten der Medien bekämpft. Auch die FDP votierte (mit 13 Stimmen dafür und mit 13 dagegen) nicht gegen die Mehrausgaben von jährlich 120 Millionen Franken an Steuergeldern. Die SVP setzt sich für den Erhalt der unabhängigen Medien ein, die für die freie Meinungsbildung essenziell sind. Die Abstimmung vom 13. Februar 2022 über das Massnahmenpaket wird zeigen, dass die SVP auch hier als einzige Partei die Volksmeinung vertritt und ein weiteres Staatswachstum ablehnt.

4.5.4 Bürgerinnen bei der Wahl des Kinderbetreuungsmodells nicht einschränken

Die SVP unterstützt die freie Wahl des Kinderbetreuungsmodells. Deshalb sollen Familien auch bei der Wahl zwischen Eigen- und Fremdbetreuung steuertechnisch gleichgestellt sein. Werden die Abzüge für die Drittbetreuungskosten erhöht, müssen auch die Abzüge für die Eigenbetreuung erhöht werden. In den nächsten Jahren wird der Druck auf traditionelle Familienmodelle weiter zunehmen. Die SVP kämpft für die weiterhin gemeinsame Besteuerung von Mann und Frau als wirtschaftliche Einheit und gegen die Individualbesteuerung, mit welcher die Ehe und die traditionelle Kinderbetreuung massiv benachteiligt würden.

4.5.5 Keine von Linksgrün verordnete Gleichstellung

In einem freien Land hat staatlich erzwungene Gleichstellung keinen Platz. Die Forderung nach Gleichstellungsbüros in jedem Kanton, spezifisch auf Geschlechter fokussierte Datensammlungen und selbst ein Vordringen in die Privatsphäre der Menschen, werden von Linksgrün laut. Linksgrün schwingt mit der Unterstützung internationaler Organisationen die Moralkeule, um

mechanisch eine Gleichstellung auf dem Papier zu erzwingen. Höhere Kosten und eine grössere Überwachung für den Bürger wären die Folge.

5. Sicherstellung der inländischen Energieproduktion

5.1 Inländische, CO₂-freie Stromerzeugung steigern

Das Scheitern der Energiestrategie 2050 zeichnet sich immer deutlicher ab und das Risiko schwerer Strommangellagen steigt. Daher verstärkt sich der Fokus auf den traditionellen Strommix der Schweiz. Realismus muss dem Utopismus der Klima-Zwängler weichen. Es ist klar: Auf die Schnelle gibt es keine den Kriterien von Linksgrün entsprechende ausreichende inländische Stromproduktion. Aus Sicht der SVP muss die Wasserkraft forciert werden. Sie ist mit einem Anteil von 60% das Rückgrat der inländischen Stromproduktion. Nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes an der Urne braucht es eine Rückkehr zu einer vernünftigen und realitätsbezogenen Energiestrategie auf Basis der vorhandenen Ressourcen.

5.2 Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte

5.2.1 CO₂-freie Kernkraftwerke gewährleisten sichere Energieversorgung

Auch die Kernkraftwerke sind Teil der Schweizer Erfolgsgeschichte einer fast CO₂-freien Stromproduktion. Ein Drittel der Stromproduktion stellt aktuell die Kernkraft sicher. Angesichts der akuten Energieversorgungsprobleme gilt es mittels Einbezug der technischen Möglichkeiten und der Gewährung einer maximalen Sicherheit den Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke zu ermöglichen.

6. Altersvorsorge sichern

6.1 Angleichung des Frauen- an das Männer-Rentenalter bei der AHV

Mit einem erfolgreichen Abschluss der «Stabilisierung der AHV» (AHV 21) kann die AHV mittelfristig saniert werden. Kernelemente sind dabei die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer auf 65 Jahre sowie entsprechende Kompensationsmassnahmen. Unter Federführung der SVP stimmten die bürgerlichen Parteien in der Wintersession 2021 einem Kompromiss zu, was der Reform in der Wintersession 2021 im Parlament – gegen den Willen von Linksgrün – zum Durchbruch verhalf. Die SVP ist bei dieser Reform nicht nur federführend, sondern agiert auch als Brückenbauer. Linksgrün hingegen gefährdet mit ihrer sturen Oppositionspolitik dieses wichtige Schweizer Sozialwerk.

6.2 Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte

6.2.1 Sicherung der 2. Säule

Angesichts der Dringlichkeit, die berufliche Vorsorge zu reformieren, beschränkt sich die Vorlage im Wesentlichen auf die folgenden Elemente: Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6%, Erhalt des Rentenniveaus sowie Verbesserung der Vorsorge von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit tieferen Einkommen, wobei dies insbesondere teilzeitbeschäftigten Frauen zugutekommt. Auch die Altersgutschriftensätze sollen vereinfacht werden, was insbesondere älteren Arbeitnehmenden zugutekommt. Ähnlich wie bei der AHV-Reform, sollen auch bei der 2. Säule Kompensationen an die am stärksten

betroffenen Rentner ausbezahlt werden. In der Wintersession 2021 entschied der Nationalrat mit 126 zu 66 Stimmen bei einer Enthaltung die Vorlage zu unterstützen. In der zweiten Legislaturhälfte gilt es, diesen bürgerlichen Kompromiss auch im Ständerat entgegen des Willens von Linksgrün aufrecht zu halten.

7. Kampf gegen die willkürliche und unverhältnismässige Corona-Politik

7.1 Ausblick auf die zweite Legislaturhälfte

7.1.1 Nein zum Impfzwang – Spaltung der Gesellschaft verhindern

Die aktuelle Corona-Politik der Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrats fokussiert einseitig auf die Einführung eines de facto Impfzwangs. Zwar ist eine Impfstrategie Teil einer Pandemiebekämpfung. Doch gilt es auch niederschwellige und erwiesenermassen wirksame Schutzmassnahmen wie Hygiene oder Abstandhalten zu propagieren. Doch statt eine differenzierte Strategie zu fahren, die vor allem die durch Covid-19 am stärksten betroffenen Risikogruppen schützt, drangsaliert der Bundesrat lieber die ganze Bevölkerung und setzt insbesondere jene, die sich nicht impfen lassen wollen, massiv unter Druck. Und obwohl er Probleme wie die ungenügenden Spitalkapazitäten nicht löst, hält der Bundesrat an der besonderen Lage und damit an der Macht fest. Die SVP bekämpft auch in der zweiten Hälfte der Legislatur alle willkürlichen und unverhältnismässigen Corona-Massnahmen des Bundesrates. Damit der Bundesrat bei künftigen Pandemien stärker kontrolliert wird, besteht dringender Korrekturbedarf beim Epidemiengesetz. Die SVP wird bei der anstehenden Revision entsprechende Anträge zur Reduktion der bundesrätlichen Machtfülle einbringen.

Anhänge:

- Anhang 1 zur Legislatur-Halbzeitbilanz der SVP-Fraktion, Wintersession 2019 bis Wintersession 2021, 22. Dezember 2021
- Anhang 2 zur Legislatur-Halbzeitbilanz der SVP-Fraktion, Wintersession 2019 bis Wintersession 2021, 22. Dezember 2021